



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### **Krieg in Europa! Heimische Energieversorgung sichern III: Moratorium für den geplanten Kohleausstieg**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Energieversorgung Deutschlands sowie des Freistaates Bayern aufgrund des Krieges in der Ukraine gefährdet ist. Um eine gesicherte, grundlastfähige Stromerzeugung zu gewährleisten, ist es zwingend erforderlich, den politisch beschlossenen Kohleausstieg rückgängig zu machen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Landesebene für ein Moratorium des Kohleausstiegs einzusetzen.

#### **Begründung:**

Im Jahr 2020 kamen 36 Prozent der deutschen Kohleimporte aus Russland; beim Erdgas lag der Importanteil bei über 40 Prozent.<sup>1</sup> Durch den Konflikt in der Ukraine ist Bayerns Energieversorgungssicherheit gefährdet, da es zu kurzfristigen Engpässen bei Energieimporten aus Russland kommen kann.

Ein Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) im Rahmen westlicher Sanktionen würde die Zahlungsmöglichkeiten deutscher Importeure für russische Energielieferungen erheblich beeinträchtigen, was zu gefährlichen Lieferengpässen bei Energieträgern führen würde.<sup>2</sup>

Die letzten beiden verbliebenen Kohlekraftwerke in Bayern leisten zusammen 882 Megawatt (MW),<sup>3</sup> womit sie rund 10 Prozent der gesicherten Grundlast des Freistaates bereitstellen.<sup>4</sup> Zusätzlich liefert das Kohlekraftwerk in Unterföhring 900 MW Fernwärme.<sup>5</sup> Durch den politisch forcierten Ausbau der volatilen Wind- und Sonnenenergie im Zuge der Energiewende spielen Kohlekraftwerke als Backup für die Netzstabilität eine immer wichtigere Rolle. So ist der Kohlekraftwerksblock in Unterföhring als Netzwerkreserve für den Winter 2023/2024 geplant.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Beer S. (2022). Ukraine-Krise: Belastete Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/sonja-beer-belastete-handelsbeziehungen-zwischen-russland-und-deutschland.html>

<sup>2</sup> Astrof V. et al. (2022). Possible Russian Invasion of Ukraine, Scenarios for Sanctions, and Likely Economic Impact on Russia, Ukraine, and the EU. wiw. URL: <https://wiw.ac.at/possible-russian-invasion-of-ukraine-scenarios-for-sanctions-and-likely-economic-impact-on-russia-ukraine-and-the-eu-p-6044.html>

<sup>3</sup> Engie (2022). Kraftwerk Zolling. URL: <http://engie-kraftwerke.de/de/content/zolling/>

<sup>4</sup> VBEW (2021). Installierte Leistung der Bestandsanlagen in Bayern.

<sup>5</sup> SWM (2022). Heizkraftwerk Nord. URL: <https://www.swm.de/energiewende/kraft-waerme-kopplung>

<sup>6</sup> Bayerische Landtag (2021). Drucksache 18/16596. URL: [https://www1.bayern.landtag.de/www/ElanText-Ablage\\_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18\\_0016596.pdf](https://www1.bayern.landtag.de/www/ElanText-Ablage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0016596.pdf)

Nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags wird die Energiewende in ihrer aktuellen Planung bis 2030 die Inbetriebnahme von über 40 Gigawatt (GW) an neuen Gaskraftwerken erforderlich machen.<sup>7</sup> Bereits vor dem Krieg in der Ukraine und des aktuellen Anstiegs der Gaspreise war dieser angestrebte Zubau unrealistisch, aufgrund der Konfrontation mit Russland müssen Deutschland und Bayern jedoch spätestens jetzt die Machbarkeit der Energiewende neu bewerten. Hierzu muss einerseits ein Moratorium für den bis 2030 vorgesehenen Kohleausstieg durchgesetzt werden, um eine gesicherte, grundlastfähige Strom- bzw. Wärmeerzeugung zu gewährleisten. Weiterhin müssen Deutschland und Bayern ihre Kohleimporte mit zusätzlichen Lieferstaaten diversifizieren. Diese Forderungen werden unter anderem vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft,<sup>8</sup> dem Institut für Wirtschaftsforschung,<sup>9</sup> dem Eucken Institut<sup>10</sup> und der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik<sup>11</sup> unterstützt.

---

<sup>7</sup> Deutscher Bundestag (2022). Erdgaskraftwerke in Deutschland. WD 5 – 3000 – 007/22.

<sup>8</sup> Jerger M. (2022). Der staatlich forcierte Ausstieg aus der Kohle muss unverzüglich ausgesetzt werden. Süddeutsche Zeitung. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kohle-atomstrom-ricarda-lang-gruene-1.5537250>

<sup>9</sup> Handelsblatt (2022). ifo-Chef: Verschiebung des Atom- und Kohleausstiegs prüfen. URL: <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-ifo-chef-verschiebung-des-atom-und-kohleausstiegs-pruefen/28111524.html?ticket=ST-6463568-3YM0DEVOWgUfdRGTaYe6-ap5>

<sup>10</sup> Feld P. (2022). Alles muss wieder auf den Tisch, sogar Atomausstieg und Kohle-ausstieg. RP. URL: [https://rp-online.de/politik/ausland/krieg-in-der-ukraine-lars-feld-atomausstieg-kohleausstieg-muessen-auf-den-tisch\\_aid-66655729](https://rp-online.de/politik/ausland/krieg-in-der-ukraine-lars-feld-atomausstieg-kohleausstieg-muessen-auf-den-tisch_aid-66655729)

<sup>11</sup> Geinitz P. (2022). NRW fordert Überprüfung des Kohleausstiegs. FAZ. URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nrw-fordert-ueberpruefung-des-kohleausstiegs-17838419.html>